Im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie	Henrik Dahlmann
Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	0202 563 4192
Fax (0202)	
E-Mail	henrik.dahlmann@fw-fraktion.de

Datum	10.02.2025
Drucks. Nr.	**VO/0164/25** öffentlich

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Uwe Schneidewind

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
13.02.2025	**Hauptausschuss**
17.02.2025	**Rat der Stadt Wuppertal**

Grundsatzantrag zum Haushalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Wuppertal und damit auch die Stadtgesellschaft leistet seit Beginn der Flüchtlingskrise 2015 ihren Beitrag bei der Aufnahme und Versorgung von Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg und Vertreibung verlassen mussten. Dies stellte die Gesellschaft vor Herausforderungen, die nicht immer ohne Schwierigkeiten zu meistern waren und sind.

Diese Hilfsbereitschaft und das vielfältige Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt hat dazu beigetragen, die Integration zu fördern und Menschen in Not eine sichere Bleibe zu bieten.

Bedauerlicherweise ist festzustellen, dass fast alle anderen Kommunen in NRW aus unterschiedlichsten Gründen nicht so hilfsbereit sind wie Wuppertal und die Wuppertalerinnen und Wuppertaler, was dazu führt, dass unsere Stadt nun seit Jahren über Gebühr durch die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten beansprucht wird.

Die Aufnahmequote der Stadt Wuppertal für Flüchtlinge liegt aktuell bei 127,24% (Stand 09.02.25), während viele andere Kommunen, unter anderem auch die Landeshauptstadt, teils weit unter der Quote von 100% liegen. Aktuell leben knapp 7000 Geflüchtete in Wuppertal, dabei hat Wuppertal 1652 Personen über Plan aufgenommen.

Diese ungleiche Lastenverteilung ist in dieser Form aus Sicht der Freien Wähler nicht mehr hinnehmbar und aufgrund der Haushaltszahlen auch nicht mehr leistbar. Schon vorher sind aufgrund von Überforderung Hemmnisse bei Integration und Betreuung aufgetreten, da Bund und Land auch hier die Kommunen finanziell nicht adäquat ausstatten.

Die Verwaltung und der Oberbürgermeister sind nun gefordert, für eine gerechte Verteilung der Belastung zu sorgen, indem aktiv darauf hingearbeitet wird, dass die Aufnahmequote der Stadt Wuppertal sich in Richtung 100% bewegt.

Zusätzlich zu den oben genannten Personengruppen haben auch viele Ukrainer ihre Heimat in Wuppertal gefunden, die aufgrund der Entscheidung der Bundesregierung einen anderen Status haben. Dieser sieht nach zwei Jahren, im Gegensatz zum Vorgehen bei allen anderen Empfängern von Bürgergeld, keine umfassende Prüfung der Vermögensverhältnisse vor.

Die Fraktion Freie Wähler stellt daher den Antrag, der Hauptausschuss und der Rat der Stadt Wuppertal mögen beschließen:

1. Die Stadt Wuppertal verzichtet bis zur Erreichung einer Aufnahmequote von 100% darauf, weitere Geflüchtete aufzunehmen und arbeitet aktiv daran, die aktuelle Quote von 127,24% auf das dann verbindliche Maximum von 100% abzusenken.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, dass Menschen ohne Bleibeperspektive in die Herkunftsländer zurückgeführt werden.
3. Die Verwaltung dringt darauf, dass bei straffälligen Personen mit Duldungsstatus nach geltendem Recht verfahren wird.
4. Zusätzlich zu den Geflüchteten leben noch etwa 5500 Ukrainer in Wuppertal. Die Verwaltung wird aufgefordert, regelmäßig zu überprüfen, ob die gemeldeten Personen tatsächlich noch in Wuppertal wohnhaft sind, um unrechtmäßige Zahlungen zu vermeiden.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Wegener
Fraktionsvorsitzender